

auch am 15. sind die Franzosen trotz verzweifelter Anstren- gungen nicht über die von den Deutschen nach der Räumung von Montdidier gewählte Zone hinausgekommen. Der fran- zösische Angriff, der auf dem linken Flügel englische Unter- stützung fand, richtete sich einmal gegen das gewaltige Höhen- massiv von Cassigny, sodann beiderseits der Straße Mont- didier—Roge gegen diese Stadt, die nach Befangenen aus- sagen am 1. Operationstage erreicht werden sollte. In dem nördlichen Angriffsabschnitt sollten die Tanks die Entschel- dung bringen, welche zahlreich auf der von Montdidier nach Roge führenden großen Straße heranzogen. Da diesmal jedoch kein Nebel ihren Vormarsch verschleierte, wurden sie von der deutschen Artillerie zusammengepöckelt, ehe sie zum Eingreifen kamen. Auf dem südlichen Angriffs- flügel griffen die Franzosen nach heftiger Artillerievorberei- tung mittags von Comny bis an die Döse an. Vor allem richteten sich ihre Anstrengungen gegen die Höhen von Cassigny, sowie gegen die Front L'Ecouvillon bis zur Attache- ferme. Immer wieder gingen Regimente der besten fran- zösischen Angriffsdivisionen vor, bis die Dunkelheit ihren Einsatz ein Ziel setzte. Als Frucht aller Opfer blieb ledig- lich der kahle Hügel der Attache-Ferme in ihrer Hand, sonst brachen ihre Angriffe überall restlos zusammen, und an der ganzen übrigen Front sind die Franzosen nach einem bluti- gen Tage wieder in ihre Ausgangsstellungen zurückgeworfen, ohne ihr Ziel zu erreichen.

Das englische Reichskriegskabinett in Permanenz.
„Times“ teilen mit: Um die Fortdauer der Beratungen zwischen den Vertretern Großbritanniens und der Dominions zu sichern, hat das Reichskriegskabinett beschlossen, daß alle Dominions durch einen Minister, der seinen dauernden Sitz in London hat, vertreten werden sollen. Das Reichskriegs- kabinett wird von Zeit zu Zeit mit diesen Ministern gemein- same Sitzungen abhalten.

Militärrechtswidriges amerikanisches Gewehr.
Während der jüngsten Kämpfe im Westen ist ein ameri- kanisches Gewehr erbeutet worden, das den völkerrechtlichen Abmachungen der Genfer Konvention höhnisch. Es han- delt sich um eine Schrotflinte mit Vorrichtung für Seiten- gewehr und Patronen. Die Untersuchung der erbeuteten Patronen ergab, daß diese mit Säuerstoffen gefüllt waren.

Berichte aus Frankreich besagen, daß die Nationen des amerikanischen Heeres um 10 Prozent herabgesetzt wurde.

Ein amerikanisches Komitee an der Westfront.
Somme Libre berichtet: Der Marineminister empfing den Besuch von 12 Mitgliedern des Generalkomitees des amerikanischen Kongresses mit dem Präsidenten Budget dem Abgeordneten von Tennessee an der Spitze. Die Mission wird die französische Front besuchen und alsdann die verschiede- nen amerikanischen Marinestützpunkte in Frankreich besichtigen.

Wilson kommt nicht nach Europa.
„Verlante Tidende“ meldet aus Paris, daß weder im dortigen Ministerium des Aeußern noch in der amerikanischen Botschaft etwas davon bekannt ist, daß Wilson, wie die Entente-Prese zu berichten weiß, planen soll, in naher Zukunft eine Reise nach Europa anzutreten. Damit fallen natürlich auch alle von dieser Presse an die Reise geknüpften Kommen- tate weg.

Schweden und die neutrale Friedensaktion.

Die von schwedischen Blättern in den letzten Tagen warm befürworteten Bestrebungen der Regierungen der Neutralen zu einer Friedensvermittlung haben für Schweden selbst wahrscheinlich zu einem negativen vorläufigen Abschluß geführt. Eine Abordnung der Großloge des Guttemplerordens mit dem Reichstagsmit- glied Wavriniski an der Spitze sprach beim Staatsmini- ster Eden vor. Wavriniski fragte den Minister, wie weit bei den neutralen Staaten allein oder gemeinsam die Möglichkeit vorliegt, die Initiative für das Zustandekommen von Friedensverhandlungen zu erhoffen. Eden verwies in seiner Antwort auf die Schwierigkeiten, die mit einem solchen Schritt verknüpft seien und sprach, eine Antwort könne er, unvorbereitet wie er sei, erst geben, wenn er mit seinen Kollegen beraten habe. Die Antwort werde schriftlich erfolgen. Der Bescheid des Ministers läßt vermuten, daß die Antwort nicht positiv ausfällt. Stimmen aus England und Amerika lassen es der schwedischen Regierung wahrscheinlich nicht ratfam er- scheinen, ihre guten Dienste anzubieten.

Keine Friedensgeneigtheit in Amerika?
Der amerikanische Berichterstatter der Kriegswichtigen „Morning Post“ glaubt die Meldung verantworten zu können, daß, wenn gegenwärtig ein Friedensangebot von deutscher Seite durch neutrale Vermittlung an die Vereinigten Staaten gelangen sollte, es abgelehnt werden würde. Man würde den Deutschen erklären, daß sie sich zuerst hinter den Rhein zurückziehen sollten, dann erst würde man auf ihre Vorschläge hören.

Nachkänge zur Kaiserdegnung.
Zu den Beratungen im deutschen Großen Hauptquartier schreibt die offizielle „Zeit“: Zu Beginn des 5. Kriegsjahres ist eine Entscheidung weder auf militärischem noch auf politischem Gebiet sichtbar. Man muß sich klar darüber sein, daß die militärische Lage von der politischen nicht zu trennen ist, und das auch die Friedensfrage, um die es sich im letzten Sinne einzig und allein handeln kann, neuerlich in ein entscheidendes Stadium getreten ist. Die Führer der Mittelmächte, die sich jetzt im Großen Hauptquartier zusammenfinden, stehen, wie immer sie beschließen werden, gegenwärtig vor der schwierigsten Entscheidung dieses Weltkrieges. In der „Neuen Freien Presse“ beschäftigt sich im Zusammenhang mit den Besprechungen im Hauptquartier der militärische Mitarbeiter des Blattes mit der Frage des einheitlichen Oberbefehls.

Kroellstra über die deutsche Sozialdemokratie.
Die „Humanität“ veröffentlicht eine Unterredung ihres Schweizer Vertreters mit dem holländischen Sozialistenführer Kroellstra, der erklärte, daß es durchaus falsch sei, von einem Gesamtumschwung in der Sozialdemokratie

Deutschlands zu sprechen. Es sei unrichtig, daß die alte sozialdemokratische Partei die Forderung eines Referen- dumms für Elsaß-Lothringen angenommen hätte. Bei den Besprechungen zwischen Kroellstra und Scheidemann in der Schweiz habe letzterer erklärt, daß er immer noch auf dem Standpunkte seiner Erklärung in Stockholm stehe, daß es für Deutschland keine Elsaß-Lothringische Frage gebe, die ein Recht Frankreichs, Elsaß-Lothringen zurückzufordern, begründe. Weiter fügt Kroellstra hinzu, daß die alte sozialdemokratische Partei Deutschlands die Pflicht für Deutschland anerkenne, Belgien zu ent- schädigen. Auch habe Scheidemann erklärt, daß keine Partei nicht in der Lage sei, eine internationale Konferenz anzunehmen, die die Aufgabe habe, das Memorandum von London zu erörtern, da das Memorandum zu partei- lich sei. Das gehe schon daraus hervor, daß es nicht über Irland spreche.

Die Vorgänge in Rußland.

Das Vorgehen des Verbandes in Rußland.
Die Nachrichten der Zentralräte der Arbeiter und Deputierten schreiben anlässlich des Vorgehens des Verbandes in einem Leitartikel: Wie allseits bekannt, verläßt unsere „Verbündeten“ nicht der Gedanke, Ruß- land in irgendeiner Weise „Hilfe“ zu bringen. Die Räte unseres Vaterlandes wollen ihnen nicht aus dem Sinn. Sie sind bereit, ihre eigene Front in Europa zu verengen, um nur Truppen nach Rußland entsenden zu können. Wenn diese „Hilfeleistung“ Englands und Frankreichs sich zu realisieren beginnt, so werden wohl selbst die aufrichtigsten Freunde der Verbündeten zu- geben, daß die Kabinette von Lloyd George und Clemenceau eine Politik zynischer Er- oberer treiben. Frankreich hat Rußland schon eine „Hilfe“ erwiesen, indem es mittels der tschecho-slowaki- schen Banden die Zufuhr von Getreide von der Wolga und aus Sibirien aberschneiden hat. Der Hunger war das erste „Geschenk“ Frankreichs an das russische Volk.

Reise nach Dantsch in Dänemark?
Die „New York Herald“ meldet über Stockholm, daß laut jüngst erschienenen Nachrichten sich Dantsch und Trocki dem deutschen Gesandtschaftspersonal angeschlossen haben, das nach Pflow abgeste- bert sei.

(Wir geben diese Meldung wieder, bemerken aber dazu, daß über Dantsch und Trocki in der letzten Zeit soviel Widerprechendes gemeldet worden ist, daß man allen derartigen Berichten sehr skeptisch gegenüberstehen muß. — Die Schriftl.)

Die Amerikaner in Wladiwostok.
Am 8. August sind im Hafen von Wladiwostok die ersten amerikanischen Schiffe eingetroffen. Es handelt sich um zwei Transportdampfer, die vorwie- gend Kriegs- und Sanitätsmaterial an Bord hatten. Außerdem führten sie einige Hundert amerika- nischer Soldaten mit sich, die zur Teilnahme an der Intervention bestimmt und durchweg slawischer Ab- stammung sind.

Die Abreise des amerikanischen Generalkonsuls aus Moskau.
Der amerikanische Generalkonsul in Moskau über- trug die Vertretung der amerikanischen Interessen dem schwedischen Konsulat, vernichtete sein Schiffsbuch und eskutierte um freies Geleitz für sich und andere, um nach den Vereinigten Staaten zurückzukehren. Dies ist die erste Nachricht, die das Staatsdepartement von ihm erreichte, seitdem er am 2. August um Aufklärung bat, ob er sich den alliierten Konsuln anschließen sollte.

Die russisch-ukrainischen Friedensverhandlungen.
Der Vorsitzende der russischen Friedensdelegation Rakowski machte den Pressevertretern folgende Mitteilun- gen über den Stand der russisch-ukrainischen Friedensver- handlungen. Erreicht sei die Einigung in bezug auf den Waffenstillstand, Wiederherstellung von Eisen- bahnen, Post- und Telegraphenverkehr. Ein Warenaustausch im Werte von 17 Millionen Rubel und die Erziehung von Konsulaten. Weiter beständen aber liegende Gegenstände. Die Ukrainer verlangen für den Warenaustausch die Anwendung des russischen Tarifes von 1904. Rußland fordere den Zollbund. Als Tag der Lösung von Rußland sehe die Ukraine in der Frage der Teilung von Staatsvermögen und Staatsschulden den Tag des 3. Universal, den 7. November 1917, an, Rußland dagegen den Tag des Abschlusses des Brester Friedens, den 12. Januar 1918. Außerdem verlange die Ukraine einen Anteil am russischen Staatsvermögen außerhalb der ukrainischen Grenzen. Rußland schlage die ethnographischen Grenzen und Volksabstimmung in strittigen Fällen vor. Die Ukraine wolle nur den ethnographischen Bestand an ländlicher Bevölkerung in Kraft ziehen. Trochdem hoffe er, Rakowski, daß der Friedensschluß gelingen werde.

Keine Abreise des deutschen Botschafters aus Kiew.
Das ukrainische Presse-Bureau verbreitet die Nachricht, daß der Vertreter des Deutschen Reiches in Kiew, Bot- schafter Dr. Wamm, Kiew verlassen habe. Diese Meldung entbehrt, wie die „Nordd. Allg. Zig.“ erzählt, jeder Begründung.

Von Stadt und Land.

Die Petroleumnot.
Verkauf von Kleinbeleuchtungsartikeln durch die Gemeinden.
Mit dankenswerter Offenheit und erfreulich früh- zeitig wird die heimatische Bevölkerung darauf aufmerk- sam gemacht, daß die Aussichten für die Versorgung mit Leuchtöl für den kommenden Winter selber außer- ordentlich wenig günstig sind. Die Hoffnun- gen, die an den Friedensschluß mit Rumänien in dieser Richtung geknüpft wurden, werden sich hauptsächlich deshalb nicht erfüllen können, weil schon vor dem

Frieden fast sämtliche rumänischen Oelfelder von uns und unseren Verbündeten besetzt und mit Beschlag be- legt und ihr Ertragnis unserer Kriegswirtschaft zuge- führt worden war. Das Petroleum-Vorkommen mit Ru- mänien wird in Wirklichkeit erst nach dem Kriege von Bedeutung für uns werden, wenn die Gegner ihre Drohung mit dem Wirtschaftskrieg wahr machen sollten. Im Jahre 1918 haben wir nicht weniger als 745 000 Tonnen Leuchtöl eingeführt, davon nur rund 120 000 Tonnen aus Galizien, 33 000 aus Rumänien, 17 000 aus Rußland und 575 000 aus Amerika. Jetzt im Kriege wird die rumänische und die uns zur Verfügung stehende Petroleumerte überhaupt zu ihrem weitaus größten Teil für militärische Zwecke als Treib- und Maschinenöl aufgebraucht. Die Lage wird noch dadurch erschwert, daß in Galizien sich die Produktion in dauerndem Rückgang befindet. So wird nach einer, offenbar aus amtlichen Quellen stammenden Berech- nung im kommenden Winter an Leuchtöl der bürger- lichen Bevölkerung, aller Voraussicht nach, nur ein Viertel der Menge zur Verfügung stehen, die im Vorjahre verteilt werden konnte, und es ist keine Ueber- treibung, wenn man von einer ersten Beleuchtungs- not spricht. Im wesentlichen wird, soll die Beleuch- tungsnot bekämpft und beschränkt werden, alles auf eine geregelte und gerechte Verteilung der vorhan- denen Kleinbeleuchtungsmitel an diejenigen Bevölle- rungskreise ankommen, die ein anderes Beleuchtungs- mittel, insbesondere Anschlüsse an Gas- und elektrische Leitungen, nicht haben. Das Reichswirtschaftsamt be- absichtigt deshalb, im kommenden Winter sowohl Ker- zen wie Leuchtöl und Kalziumkarbid nur noch durch die Kommunalverbände in den Verkehr zu bringen. Die Unterbreitung an die Kommunalver- bände wird durch die Landeszentralbehörden erfolgen auf die Ausarbeitung eines gerechten Verteilungsschlüs- sels ist besondere Sorgfalt gelegt worden. In eingehenden Erörterungen mit Vertretern ländlicher und städti- scher Versorgungsgebiete und der großen Bundesstaaten sowie mit Sachverständigen aus dem Kreise des Petroleumhandels ist ein solcher Verteilungsschlüssel gefunden worden, dem im wesentlichen der Petroleum- verbrauch des Jahres 1918 zugrunde liegt. Die Kom- munalverbände sollen auch den Bedarf der Behörden decken, nur der Bedarf der Eisenbahn- und der mili- tärischen Behörden, der See- und Binnenschiffahrt so- wie endlich der für gewerbliche Zwecke wird direkt von der Zentralstelle für Petroleumverteilung durch un- mittelbare Zuweisung gedeckt werden.

Eine nochmalige Kleiderabgabe nicht geplant.

Durch verschiedene Zeitungen wird die Mitteilung ver- breitet, daß durch die jetzt betriebene Kleiderabgabe der Reichsbeleidungsstelle etwa der Bedarf eines halben Jahres gedeckt würde und man daher mit einer Wiederholung der Kleiderabgabe zu rechnen habe. Die Reichsbeleidungs- stelle erklärt demgegenüber, daß sie die Wiederholung einer derartigen Kleiderabgabe für die Arbeiter nicht beabsichtigt.

Verleihung des Eisernen Kreuzes erster Klasse. Der Sergeant Kurt Knoll, der schon im Besitze des Eisernen Kreuzes zweiter Klasse und der Friedrich-August-Medaille in Silber ist, wurde wegen besonderer Tapferkeit mit dem Eisernen Kreuz erster Klasse ausgezeichnet. Er ist seit Kriegsausbruch im Felde und wohnt Schneeburgerstr. 88. Vor seiner Einberufung war er Saalmeister bei der Firma Clemens Becker Söhne.

Kriegsauszeichnung. Der Konditor Kurt Georgi, der schon im Besitze des Eisernen Kreuzes und der Friedrich- August-Medaille ist, hat jetzt die Sachsen-Meininger Tapferkeitsmedaille erhalten. — Dem Soldat Arthur Herr Ebach wurde das Eiserne Kreuz zweiter Klasse verliehen. Herr Ebach ist ein Sohn des verstorbenen Besitzers der Gerichtshänke.

Außerordentliche Zulassung für die sächsischen Eisenbahner. Veranlaßt durch eine Denkschrift des sächs. Eisenbahnerverbandes an das Kgl. S. Finanzministerium um Gewährung einer einmaligen größeren Beihilfe beab- sichtigt die Kgl. Staatsregierung allen Beamten und Ar- beitern mit Rücksicht auf die gegenwärtige Zulassung und zur Beschaffung der Wintervorräte eine außerordentliche einmalige Zulage zu gewähren. Wie wir aus sicherer Quelle erfahren, soll den Arbeitern der sechsfache Betrag der laufenden monatlichen Zulage, im Höchstfalle 500 M. gegeben werden, während die Beamten aller Ressorts eine bestimmte Summe, zu welcher dann Kinderzuschläge er- folgen, erhalten werden. Ueber die Höhe dieser Summe ist noch kein Beschluß gefaßt worden, doch dürfte ein solcher in der allernächsten Zeit zu erwarten sein.

Eine neue Schulschrift. Der Schreibunterricht soll in Preußen auf neuer Grundlage in den Schulen erteilt werden. Durch Ministerialerlaß soll ein neuer Leitfaden des Malers Ludwig Stillerlin zur Einführung gelangen. Die neue Schrift zeichnet sich durch Buchstaben aus, die von allen entbehrlichen ornamentalen Zügen befreit sind, um ein schnelles Schreiben zu ermöglichen. Die Schrift, sowohl deutsche als lateinische, ist steil, Haar- und Grund- strich werden nicht mehr unterschieden.

Bau eines Kunstbrunnens. Vor einigen Tagen stattete der Ministerialdirektor Dr. Schelcher unserer Stadt einen Besuch ab, um die zur Aufstellung eines Kunstbrunnens in Aussicht genommenen Mäße einer Besichtigung zu unterziehen. Fabrikbesitzer Müller hatte hierzu die Ver- anlassung gegeben durch Vereinstellung eines namhaften Beitrag zur Erlangung eines künstlerischen Schmuckes für unsere Stadt. Das Ministerium des Innern soll ebenfalls aus den Kunstfonds einen Beitrag leisten. Bürgermeister Dr. Fabian und Fabrikbesitzer Müller hatten die Führung des Gastes übernommen. Se. Excellenz nahm auch Gelegenheit, den umfangreichen Schuttfabrik- betrieb der Firma Gebrüder Müller zu besichtigen.